

# Offener Brief an Herrn Reichsminister Kerl

Berlin, Ende Februar 1937.

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Sie haben am 13. Februar vor den Vorsitzenden der von Ihnen eingesehten Kirchenausschüsse eine Rede gehalten, die jetzt durch die Evangelische Kirche Deutschlands läuft. Diese Rede bedeutet für das Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche und Ihrem Ministerium ungefähr das, was die Sportpalastversammlung vom November 1933 für das Verhältnis zwischen uns und den Deutschen Christen bedeutet hat: der Schleier ist zerrissen, der die Wirklichkeit vor vieler Augen bisher verhüllte; die Gegensätze sind klar; es ist jetzt deutlich vor jedermann, was das Kirchenministerium mit seinen Maßnahmen bisher beabsichtigt hat und was es für die Zukunft beabsichtigt.

Die Sache, um die es geht, ist eine Sache des Lebens und des Sterbens — nicht nur für die Evangelische Kirche, sondern, wie ich denke, auch für das deutsche Volk. In einer solchen Sache ist jeder Christ verpflichtet, sich zu fragen, ob er etwas tun kann, damit das Schlimmste vielleicht noch verhütet wird. In dem Bewußtsein solcher Verpflichtung schreibe ich an Sie.

Ich kann nicht einen Privatbrief schreiben. Ihr Wort war ja nicht ein privates Wort, sondern es sollte von der Kirche zur Kenntnis genommen werden. So muß die Kirche auch zur Kenntnis nehmen können, was darauf geantwortet wird. Deshalb schreibe ich einen offenen Brief und halte mich dessen versichert, daß Sie als Kirchenminister das verstehen und würdigen werden.

Ich schide voraus, daß in der evangelischen Kirche weithin die Ueberzeugung besteht, das Sie um ein rechtes Verständnis des christlichen Glaubens ehrlich bemüht sind. Aus solcher Ueberzeugung heraus sind auch die folgenden Zeilen geschrieben.

Ihre Rede sollte das neue Verordnungswerk für die Evangelische Kirche erläutern. Die Entscheidung des Führers hat dies Verordnungswerk verworfen.

Aber damit ist nur der eine Teil Ihrer Rede erledigt. Es bleibt der andere Teil, in dem Sie die Grundsätze dargelegt haben, nach denen Sie als Kirchenminister glauben handeln zu müssen.

Sie haben nach dem mir vorliegenden Bericht gesagt: Der katholische Bischof Graf Galen und der evangelische Generalsuperintendent Zoellner hätten Ihnen beibringen wollen, was Christentum sei: daß es nämlich um die Anerkennung gehe, daß Jesus Gottes Sohn sei. Das sei lächerlich und nebensächlich. Die Gestalt Jesu auf sich wirken zu lassen und ein Christentum der Tat zu leben — das sei alles. In der Kirchengeschichte sei es zur Konstruktion eines Apostolitums gekommen. Daß die Anerkennung dieses Apostolitums ein Kennzeichen für das Christentum sein solle, sei Unsinn. Pfeiderer habe gesagt: Gott offenbart sich in der Geschichte; Dogmen seien Menschenwerk.

Die evangelische Kirche hat es nie anders gewußt, als daß die Dogmen Menschenwerk sind und daß eine äußerliche, verstandesmäßige Zustimmung zu einem Glaubensbekenntnis wenig dafür besagt, ob jemand mit Ernst Christ sein will oder nicht. Die Frage ist nur die, ob nicht das, was Menschen zusammengestellt haben und was sich nach evangelischem Grundsatz rechtfertigen muß vor Gottes Wort, ganz einfach die Wahrheit ausspricht. Der Satz vollends, daß Jesus Christus Gottes Sohn ist, ist nicht ein Lehrsatz, von Menschen erdacht, sondern die grundlegende Verkündigung der Heiligen Schrift. An diesem Satz hängt unser Glaube. Aus ihm nehmen wir den Halt für unser Leben und den Trost für unser Sterben. In einer Zeit vollends, wie es die gegenwärtige ist, wird dieser Satz zum Inbegriff des Christentums. Denn wenn Jesus von Nazareth ein Mensch gewesen ist wie wir alle, dann kann jeder seine Lehre kritisieren und abändern. Dann haben die Sakramente der Kirche keinen Sinn mehr. Dann hat die Kirche nicht mehr das Recht, dem Mythos Alfred Rosenbergs das Evangelium entgegenzustellen als die ewige, unabänderliche Wahrheit Gottes. Von dem Felsengrund der Offenbarung Gottes sind wir dann in den Flugland menschlicher Meinungen gestoßen und stehen hilflos in einer Zeit, die uns neue Götter anpreist. Nein: daß Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, der Sohn des lebendigen Gottes ist, ist der feste Grund für allen unsern Glauben. Was muß die deutsche Christenheit empfinden, wenn der Minister für die kirchlichen Angelegenheiten das als lächerlich bezeichnet! Vielleicht wissen Sie davon, daß heute in zahllosen evangelischen Gottesdiensten die Gemeinde, ganz aus sich heraus, das Apostolitum mitspricht, wenn es der Pfarrer vom Altar verliest. Das gab es früher nicht. Die Gemeinde hat das Bedürfnis, der christusfeindlichen Welt zu bezeugen, daß sie das Bekenntnis der Väter festzuhalten entschlossen ist. Was soll sie dazu sagen, wenn der Kirchenminister, indem er sich gleichzeitig anschießt, neue Zwangsmaßnahmen gegen die Kirche zu ergreifen, eine solche Einstellung zum Apostolitum für einen Unsinn erklärt.

Sie sind noch weiter gegangen. Sie haben die Forderung erhoben, daß die Predigt der evangelischen Kirche anders werden müsse als bisher. Nicht etwa biblischer, sondern anders in Ihrem Sinne — also, wie die Nennung des Namens Pfeiderer zeigt — im Sinne des Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Sie haben das noch weiter erläutert. Sie haben gesagt: der Wille des Vaters, den wir nach den Worten Jesu erfüllen sollen, sei uns ins Blut gegeben.

Das Neue Testament weiß nichts davon, daß uns der Wille Gottes ins Blut gegeben ist. Es weiß nur davon, das alles, was im Menschen ist, unter dem Fluch der Selbstsucht steht und daß der Wille Gottes dem Menschen verkündigt wird in Jesus Christus, dem lebendigen Wort. Der evangelische Geistliche ist durch sein Ordinationsgelübde verpflichtet, keine andere Lehre zu verkündigen als die, „welche gegründet ist in Gottes lauterem und klarem Wort, verfaßt in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments, unsrer alleinigen Glaubensnorm, und bezeugt in den Bekenntnissen der Kirche.“ Ein Geistlicher, der predigen würde, daß der Wille Gottes in unserm Blut zu uns redet, hätte sein Ordinationsgelübde gebrochen.

Sie haben weiter gesagt: Die Priester behaupteten, Jesus sei ein Jude; sie redeten von dem Juden Paulus und sagten, das Heil komme von den Juden. Das gehe nicht!

Ich kann mich nicht erinnern, daß in früheren Zeiten die Predigt der evangelischen Kirche diese Dinge irgendwie betont hätte. Nachdem sich aber jetzt die Angriffe der Gegner fortwährend auf diesen Punkt richten, ist die Kirche allerdings gehalten, zu sagen: Jawohl, Jesus von Nazareth ist nach seiner menschlichen Natur aus dem Geschlechte Davids,

also ein Jude! So lehrt es das Neue Testament unmißverständlich und klar. Daß Paulus ein Jude gewesen ist, hat noch niemand bestritten. Von den Briefen dieses Apostels aber zu lassen, ist der Kirche verwehrt, wenn sie nicht aufhören will, Kirche Jesu Christi zu sein. Und daß das Heil von den Juden kommt, steht im 4. Kapitel des Johannesevangeliums geschrieben als ein Wort Jesu zur Samariterin — allerdings in einem andern Sinn, als es die Polemik bibelfremder Kirchenfeinde behauptet. Wenn Sie sagen, es gehe nicht, daß evangelische Pastoren diese Dinge sagen, dann bedeutet das, daß Sie den Pastoren verwehren wollen, zu sagen, was im Neuen Testament steht. Darauf können wir nur antworten, daß sich ein evangelischer Geistlicher nur von Gottes Wort, nicht aber von einem Menschen vorschreiben läßt, was er zu predigen hat, und daß er, wenn es hart auf hart geht, Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.

Unablässig hat man in den letzten vier Jahren behauptet: die Eingriffe des Staates betreffen nur das äußere Leben der Kirche; niemand denke daran, in die Predigt einzugreifen. Die Bekennende Kirche hat dem gegenüber immer behauptet, daß dem nicht so sei, sondern daß die Kirchenpolitik, die unter Herrn Jäger begonnen hat, bis hin zur Einsetzung der staatlichen Kirchenausschüsse einen Eingriff in Lehre und Verkündigung der Kirche bedeute. Eben deshalb hat sie sich geweigert, die staatlichen Kirchenausschüsse als Kirchenleitung anzuerkennen. Ihre Worte vom 13. Februar haben es über allen Zweifel erhoben, daß die Bekennende Kirche richtig gesehen hat. Sie wollen, daß sich die Predigt der Kirche im Sinne des Liberalismus und der Thüringer Deutschen Christen wandle. Sie geben nicht Anregungen oder Ratschläge, sondern Sie erheben Forderungen und kündigen in demselben Atemzuge neue Zwangsmaßnahmen gegen die Kirche an. Wenn das nicht ein Eingriff in die Verkündigung der Kirche ist, dann weiß ich nicht, was man unter einem Eingriff in die Verkündigung überhaupt verstehen soll. Hier ist der Punkt, an dem die Kirche Widerstand leisten muß und Widerstand leisten wird.

Endlich noch eins: Sie haben davon gesprochen, daß von seiten der Kirche immer dieselben Klagen kämen über die Partei und über Äußerungen in Gliederungen der Partei. Sie haben solche Beschwerden für albern erklärt, wenn z. B. gleichzeitig der Papst zu den deutschen Rompilgern eine Rede gegen den Nationalsozialismus halte. Sie haben hinzugefügt: wir müßten dafür sorgen, daß die Partei nicht dadurch vor den Kindern zum Gespött gemacht werde, daß im Religionsunterricht dieses und sonst jenes gesagt werde.

Ich will nicht darauf eingehen, wie einem Evangelischen zumute ist, wenn seine Beschwerden über die unausgesetzten Angriffe gegen das Christentum in Schulungslagern und dergl. deshalb für „albern“ erklärt werden, weil — der Papst den Rompilgern eine bestimmte Rede hält! Was aber den Gegensatz zwischen Religionsunterricht und Parteischulung anlangt, so lassen Sie mich eine einzige Frage stellen. Herr Reichsminister: wenn des Morgens im Religionsunterricht den Kindern gesagt wird: die Bibel — das ist das Wort Gottes, das zu uns redet im Alten und im Neuen Testament! — und wenn am Nachmittag den Pimpfen memoriert wird: Welches ist unsere Bibel? Unsere Bibel ist Hitlers „Mein Kampf“! — wer muß hier seine Lehre ändern?

Hier ist der entscheidende Punkt. Wenn Sie fordern, daß die evangelische Kirche nicht Staat im Staate sein dürfe, so sagt jeder evangelische Christ dazu Ja! Die Kirche soll Kirche sein, nicht Staat im Staate! Die Grundsätze aber, die Sie verkündigen, laufen darauf hinaus, daß der Staat zur Kirche werden soll, indem er über Predigt und Glaubensbekenntnis der Menschen Bestimmungen trifft, gestützt auf seine Mittel der Macht. Hier liegt die Wurzel des ganzen Kampfes zwischen Staat und Evangelischer Kirche. Dieser Kampf wird nie zu Ende kommen, wenn nicht der Staat sich seiner Grenzen bewußt wird. Luther hat uns gelehrt, daß wir, dem Worte Gottes getreu, dem Staat, solange er Staat ist, mit Leib und Leben zu dienen schuldig sind. Auch der Staat Adolf Hitlers kann sich auf die Einsatzbereitschaft der evangelischen Christen Deutschlands verlassen. Es wäre unwürdig, das erst noch feierlich zu versichern. Aber sobald der Staat Kirche sein und die Macht über die Seelen der Menschen und über die Predigt der Kirche an sich nehmen will, sind wir nach Luthers Worten gehalten, Widerstand zu leisten in Gottes Namen. Und wir werden das tun!

Was Sie, Herr Reichsminister, gesagt haben, haben Sie gesagt. Daran ist nichts mehr zu ändern. Es bleibt jetzt nur noch eine Möglichkeit, aus den Wirren herauszukommen. Die evangelische Kirche muß die Sicherheit erlangen, daß Ihre Ansichten von Christentum und Kirche wirklich nur private Ansichten sind, die wir als solche zu respektieren bereit sind, daß Sie aber davon Abstand nehmen, Ihre Ansichten der Kirche aufzunötigen und die Kirchenpolitik des Staates von da aus zu bestimmen. Das müssen Sie durch unmißverständliche Taten beweisen. Lassen Sie das Kirchenministerium sich wieder darauf beschränken, die allgemeine Staatsaufsicht auszuüben, die ihm nach dem Staatsvertrag und nach den Verfassungen der Kirchen zusteht. Lassen Sie es sich aller weiterer Eingriffe in das Leben der Kirche grundsätzlich enthalten und die Rechte, die es neu für sich in Anspruch genommen hat und durch die es tief in das innere Leben der Kirche eingreift, wieder abgeben. Lassen Sie die Kirche ihre Angelegenheiten in wirklicher Freiheit und Selbstständigkeit ordnen.

Wenn das geschieht, dann kann der Kirchenkampf in drei Monaten zu Ende sein.

Daß die Thüringer Deutschen Christen, die nach dem einmütigen Urteil aller Kirchen der Welt den Namen einer christlichen Kirche für sich nicht mehr in Anspruch nehmen können, eine eigene Religionsgemeinschaft bilden müssen, ist klar. Wenn der Staat ihnen dabei hilft, so wird niemand etwas dagegen einwenden. Aber die evangelische Kirche, die Kirche unserer Väter, soll das bleiben, was sie ist: die Kirche, in der verkündigt wird, daß Jesus Christus Gottes Sohn ist und daß der Wille Gottes zu uns redet in ihm als dem lebendigen Wort; die Kirche, die das Glaubensbekenntnis der Väter in Ehren hält und in ihren Gottesdiensten das Apostolikum bekennt; die Kirche, die die Rechtfertigung aus dem Glauben predigt; die Kirche, die dem Gewissen des Einzelnen alle Freiheit läßt, weil man Ueberzeugung und Gewissen nicht mit Gewalt dringen und zwingen darf, deren Leitung und deren Verkündigung aber klar und bestimmt ausgerichtet ist an Gottes Wort!

Geben Sie diese unsere evangelische Kirche endlich, endlich wieder frei!

Deutschland braucht das Evangelium! Es braucht das unverkürzte und unverfälschte Evangelium! Wer dazu hilft, dessen Hand wird gesegnet sein!

D. Otto Dibelius.